



**ACTIVISM
AGAINST
ABLEISM**

Strategiepapier

**Projekt ACTIVISM AGAINST ABLEISM -
Förderung von "Aktivismus gegen
Ableismus"**

Vorbereitet von Exeo Lab



**Co-funded by
the European Union**

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert.
Die Verantwortung für den
Inhalt dieser Veröffentlichung [Mitteilung]

INHALT

Zusammenfassung

Konsortium.....	4
Einleitung zum Strategiepapier.....	5
1.1 Das Projekt "Aktivismus gegen Ableismus"	
1.2 Zusammenfassung	6
1.3 Kontext	7
1.4 Empfehlungen	10
1.5 Schlussfolgerung.....	11
2.1 Überlegungen für die Praxis auf der Grundlage der Erfahrungen mit der Entwicklung einer Methodik zur Förderung der politischen Teilhabe von Bürgern mit Behinderungen durch partizipative Strategien	
2.2 Zusammenfassung.....	12
2.3 Kontext	13
2.4 Empfehlungen	16
2.5 Schlussfolgerung.....	17
3.1 Überlegungen für die Politikgestaltung auf der Grundlage der Erfahrungen mit der Entwicklung einer Methodik zur Förderung der politischen Teilhabe von Bürgern mit unterschiedlichen Behinderungen	
3.2 Zusammenfassung.....	18
3.3 Kontext	19
3.4 Empfehlungen	23
3.5 Schlussfolgerung.....	25
4.1 Empfehlungen für die Politik in Bezug auf die schädlichen Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit	
4.2 Zusammenfassung.....	26
4.3 Kontext	27
4.4 Empfehlungen	30
4.5 Schlussfolgerung.....	31

5.1 Empfehlungen für die politische Gestaltung der sozialen, beruflichen und politischen Eingliederung von Menschen mit Behinderungen	
5.2 Zusammenfassung	32
5.3 Kontext	33
5.4 Empfehlungen	34
5.5 Schlussfolgerung.....	36
6.1 Empfehlungen für die Politik in Bezug auf die Bedeutung der sozialen und politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und die Förderung ihres Empowerments	
6.2 Zusammenfassung.....	37
6.4 Empfehlungen	39
6.5 Schlussfolgerung.....	41
Wichtigste Schlussfolgerung	41
Referenzen	46

CONSORTIUM

iserundschmidt
knowledge communication

Deutschland - iserundschmidt GmbH



Griechenland - Connectus M.IKE



Italien - Exeo Lab Srl



Irland - FUTURE IN PERSPECTIVE LIMITED



Spanien - AYUNTAMIENTO DE QUART DE POBLET



Portugal - Rightchallenge - Verein



Zypern - SYNTHESIS CENTER FOR RESEARCH AND EDUCATION LIMITED

Einleitung zum Strategiepapier

Strategiepapiere spielen eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung des Diskurses und der Beeinflussung von Entscheidungsprozessen zu wichtigen sozialen und politischen Themen. Sie dienen als maßgebliche Dokumente, die Forschungsergebnisse konsolidieren, Empfehlungen aussprechen und für bestimmte politische Maßnahmen plädieren.

Das Strategiepapier "Activism Against Ableism" zielt darauf ab, die im Rahmen des Erasmus+-Projekts entwickelten Strategien zur Verbesserung der sozialen und politischen Teilhabe junger Europäer mit Behinderungen zu untersuchen und zu verbreiten. Ausgehend von den Grundsätzen der Vielfalt und der Inklusion versucht das Papier, die durch Behindertenfeindlichkeit auferlegten Barrieren zu beseitigen und sich für integrative Praktiken in ganz Europa einzusetzen. Durch den Einsatz von internationaler Zusammenarbeit und Bildungsinnovation identifiziert das Projekt effektive Methoden zur Förderung des aktiven Engagements von Menschen mit Behinderungen in gesellschaftlichen und politischen Bereichen.

Methodisch stützt sich das Strategiepapier auf die im Rahmen des Projekts gesammelten Daten als Grundlage für seine Empfehlungen. Diese Empfehlungen wurden sorgfältig ausgearbeitet, um klare und praktische Einblicke in die Förderung der Befähigung und in die Entwicklung einer integrativen Politik zu geben. Das Papier wird einer strengen internen Überprüfung unterzogen, um Genauigkeit und Zuverlässigkeit zu gewährleisten. Um die Zugänglichkeit und Wirkung zu maximieren, wird das endgültige Dokument in die für die teilnehmenden Länder relevanten Sprachen übersetzt und auf speziellen Plattformen zur Verfügung gestellt.

1.1 Das Projekt "Aktivismus gegen Ableismus"

✓ **Schlüsselwörter: Projektübersicht, Gesellschaft, Vielfalt, Integration**

1.2 Zusammenfassung

Einführung

Es ist von entscheidender Bedeutung, diskriminierende Barrieren zu bekämpfen und zu beseitigen, die Menschen mit Behinderungen daran hindern, in einem Europa, das Vielfalt und Inklusion schätzt, voll an der Gesellschaft teilzuhaben. Durch weltweite Zusammenarbeit und innovative Bildungsansätze zielte das Erasmus+-Projekt "Activism Against Ableism" darauf ab, innovative Methoden für die soziale und politische Integration junger Menschen mit Behinderungen zu ermitteln und zu fördern.

Hintergrund

Laut der vom Projektkonsortium durchgeführten Studie sind Menschen mit Behinderungen heute weltweit mit schwerwiegenden Auswirkungen auf ihre sozioökonomischen Bedingungen sowie mit Diskriminierung durch soziale, politische und berufliche Kreise konfrontiert. Die Methode "Activism Against Ableism" wurde entwickelt, um Menschen mit Behinderungen in die Lage zu versetzen, sich politisch zu engagieren und dadurch ihr soziales Bewusstsein zu stärken und ihre grundlegenden Menschenrechte zu verdeutlichen.

Methodik

Dieses Arbeitspaket zielt darauf ab, Ressourcen für die Verbreitung der im vorangegangenen Arbeitspaket entwickelten Methodik unter Jugendbetreuern zu schaffen, die mit jungen Menschen mit Behinderungen arbeiten und sie im Rahmen eines LTTA ausbilden. Die erste Aktivität wird sich auf die Entwicklung eines Handbuchs zur Systematisierung und weiteren Verbreitung der Methodik konzentrieren. Die zweite Aktivität konzentriert sich auf die Entwicklung der Fortbildung Aktivismus gegen Ableismus für Jugendbetreuer. Diese Schulung soll Jugendbetreuer darauf vorbereiten, diese Methodik bei ihren Nutznießern anzuwenden.

Es wird auf den Erfahrungen von WP3 und auf dem Handbuch basieren und innovative und ansprechende Ressourcen schaffen, die von den Partner-/Assoziierten Organisationen, den Einrichtungen der europäischen und nationalen Netzwerke und allen Interessierten genutzt werden können.

1.3 Kontext

Das Projekt "Activism Against Ableism - Aktivismus gegen Behinderungen" verkörpert den Geist von "Activism against Ableism - Förderung der politischen Partizipation und des Aktivismus junger Bürger mit unterschiedlichen Behinderungen". Großzügig von der Europäischen Union im Rahmen des Programms Erasmus+ finanziert, begann Activism Against Ableism seine Reise im September 2022 und soll bis 2024 fortgesetzt werden. Dabei werden verschiedene europäische Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Kommunen zusammenarbeiten, um gemeinsam an einer inklusiveren Zukunft zu arbeiten.

Im Kern zielt Activism Against Ableism darauf ab, die transnationale Zusammenarbeit für junge Menschen mit Behinderungen zu fördern. Die ehrgeizige Agenda des Projekts umfasst die Entwicklung neuer Ressourcen, die darauf abzielen, diese Menschen zu befähigen, ihre Bürgerbeteiligung zu erleichtern und sie sogar dazu zu inspirieren, ihre eigenen Projekte zu initiieren. Über die individuelle Befähigung hinaus sieht das Projekt ein neuartiges Netzwerk von Interessengruppen, Organisationen und politischen Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene vor. Dieses Netzwerk soll sich für die Interessen junger Menschen mit Behinderungen einsetzen, insbesondere im Bereich der Politik.

Der Multiplikatoreffekt geht über die unmittelbaren Begünstigten hinaus. Die Mitarbeiter der Projektpartner und der angeschlossenen Organisationen profitieren, indem sie die Projektergebnisse durch maßgeschneiderte Schulungen in ihre Praxis integrieren. Dieser zweigleisige Ansatz kommt nicht nur jungen Menschen mit Behinderungen zugute, sondern schärft auch das Bewusstsein der Arbeitgeber für die Rechte von Menschen mit Behinderungen und fördert die gleichberechtigte Teilhabe und Integration in den Arbeitsmarkt.

Um die Zugänglichkeit zu maximieren, werden alle Projektressourcen in sieben Sprachen entwickelt und bleiben fünf Jahre lang nach Projektabschluss frei zugänglich. Ein wesentlicher Bestandteil des Projekterfolgs ist der Aufbau eines europäischen Netzwerks, das nationale Organisationen umfasst, die mit Menschen mit Behinderungen arbeiten.

Am Ende des Projekts wird ein politischer Brief mit Empfehlungen an die Europäische Union die kollektive Weisheit, die Bedürfnisse und die Wünsche, die während der Netzwerktreffen ermittelt wurden, zusammenfassen. Gemeinsam bauen wir nicht nur Barrieren ab, sondern entwerfen einen Plan für eine Zukunft, in der Aktivismus über Behindertenfeindlichkeit siegt.

Ergebnisse

Die übergreifenden Ziele des Projekts "Activism Against Ableism - Aktivismus gegen Behindertenfeindlichkeit" sind vielschichtig und zielen darauf ab, das gesellschaftliche Bewusstsein für Behindertenfeindlichkeit und ihre Herausforderungen zu schärfen, Diskriminierung zu verhindern und Inklusion zu fördern. Das Projekt soll junge europäische Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen befähigen und sie dazu ermutigen, durch kooperative und partizipative Strategien sozial und politisch aktiv zu werden. Darüber hinaus zielt das Projekt darauf ab, Jugendbetreuer auszubilden, Netzwerke zu entwickeln, um das Bewusstsein und die integrative Intervention zu stärken und die Politikgestaltung im Bereich der Behinderung zu beeinflussen.

Ergebnisse

Die Ergebnisse des Projekts sind strategisch auf seine Ziele abgestimmt:

Vernetzung mit Interessenvertretern:

- Aufbau eines umfassenden Netzes, das die verschiedenen Akteure miteinander verbindet.

Partizipative Methodik - Aktivismus gegen Behindertenfeindlichkeit (Aktivismus gegen Behindertenfeindlichkeit):

- Entwicklung einer partizipativen Methodik zur Bekämpfung von Behindertenfeindlichkeit und zur Förderung der politischen Teilhabe.

Handbuch und Fortbildung (Aktivismus gegen Ableismus):

- Erstellung eines Handbuchs, um die entwickelte Methodik zu systematisieren und zu verbreiten.
- Fortbildungsprogramm für Jugendbetreuer unter Verwendung innovativer und ansprechender Ressourcen.

Strategiepapier (Aktivismus gegen Ableismus):

- Formulierung eines Strategiepapiers mit Empfehlungen zur Beeinflussung der politischen Entscheidungsfindung.

Ergebnisse:

Die Wirkung des Projekts zeigt sich in greifbaren Ergebnissen, wobei der Schwerpunkt auf der Nutzung und Verbreitung der entwickelten Ressourcen liegt:

Nutzung durch Partner/assoziierte Einrichtungen:

- Die Partner und assoziierten Einrichtungen nutzen und verbreiten aktiv die Methodik, das Handbuch und den Schulungskurs für Jugendbetreuer.

Förderung von Empowerment und politischem/bürgerschaftlichem Engagement:

- Befähigung, Handlungsfähigkeit und verstärktes politisches/bürgerschaftliches Engagement von Jugendlichen mit unterschiedlichen Behinderungen.

Anwaltschaft für soziale/berufliche Eingliederung:

Jugendliche mit Behinderungen, die sich für ihre soziale und berufliche Eingliederung einsetzen. Das Projekt "Activism Against Ableism - Aktivismus gegen Behindertenfeindlichkeit" will nicht nur Methoden und Strategien entwickeln, die von Menschen mit Behinderungen gemeinsam erarbeitet wurden, sondern auch einen Wandel in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Politik herbeiführen. Indem wir junge Menschen mit Behinderungen und diejenigen, die mit ihnen arbeiten, stärken, wollen wir Barrieren abbauen, Inklusion fördern und uns für eine gerechtere und barrierefreie Zukunft einsetzen. Es handelt sich nicht nur um ein Projekt, sondern um eine Bewegung für eine Welt, in der die

Stimmen und Rechte von Menschen mit Behinderungen nicht nur anerkannt, sondern auch gefeiert werden.

1.4 Empfehlungen

Die Ansichten und Beiträge der internationalen Arbeitsgruppe wurden mit den Forschungsergebnissen des Projektkonsortiums kombiniert, um die folgenden Leitlinien zu erstellen, die folgende Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Praxis in diesem Bereich empfehlen:

Soziale Eingliederung

Die soziale Eingliederung von Menschen mit Behinderungen ist von zentraler Bedeutung. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Menschen mit Beeinträchtigungen in die Gesellschaft einbezogen werden. Es ist wichtig, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um die soziale Integration von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Dies gilt vor allem auch für diejenigen, die häufig nicht beachtet werden und weniger offensichtliche Krankheiten wie Legasthenie oder Autismus haben.

Berufliche Eingliederung

Die Unternehmen sollten durch steuerliche Anreize, Zuschüsse und Aktionsprogramme mit positiver Wirkung ermutigt werden, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, Unternehmensrichtlinien durchzusetzen, die Vorkehrungen wie angepasste Ausrüstung und flexible Zeitplanung vorschreiben, und Fernarbeitsoptionen zu fördern, wo dies sinnvoll ist.

Erreichbarkeit

Menschen mit Behinderungen sollte der Raum gegeben werden, für sich selbst zu sprechen, anstatt über sie zu sprechen. Darüber hinaus sollten Fachkräfte in ihrer Praxis einen zwangloseren Umgang mit diesen Themen in Erwägung ziehen, da sie oft als Tabu angesehen werden, was für die Lernenden eine Belastung darstellt. Darüber hinaus betrachtet das derzeitige "Wohltätigkeitsmodell von Behinderung Behinderung als eine Last oder ein

'Problem', das Personen ohne Behinderung lösen müssen" (Büro der Vereinten Nationen in Genf, 2021).

Politische Eingliederung

Um die politische Eingliederung von Menschen mit Behinderungen zu verbessern, muss sichergestellt werden, dass die Wahllokale zugänglich sind und alternative Wahlmethoden wie Briefwahl und elektronische Wahl angeboten werden. Ebenso wichtig ist die Förderung der politischen Vertretung von Menschen mit Behinderungen durch die Unterstützung ihrer Kandidaturen und Führungsrollen.

Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in den politischen Entscheidungsprozess durch Beiräte und beratende Gremien sowie die regelmäßige Überprüfung und Aktualisierung der Gesetzgebung, um neuen Problemen und Bedürfnissen Rechnung zu tragen, gewährleistet, dass ihre Stimmen gehört werden.

Die Unterstützung von Organisationen, die sich für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einsetzen, und die Einbeziehung von Behindertenfragen in umfassendere Agenden der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit sind von entscheidender Bedeutung für die Lobbyarbeit und Vertretung.

1.5 Schlussfolgerung

Das Projekt Activism Against Ableism: Activism Against Ableism Erasmus+ befasste sich mit der Entwicklung einer Methodik zur Förderung der politischen Teilhabe von Bürgern mit Behinderungen durch partizipative Strategien. Bürger mit Behinderungen erleben soziokulturelle und politische Ausgrenzung, was sich nachweislich auf ihre sozioökonomische Sicherheit auswirkt.

Wirksame Zugänglichkeitsrichtlinien und Sensibilisierungsiniciativen können strukturelle und mentale Barrieren im sozialen Bereich erheblich verringern und eine integrativere Gemeinschaft fördern. Um gleiche Berufsaussichten und wirtschaftliche Teilhabe für Menschen mit Behinderungen zu erreichen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass Berufstätige die Antidiskriminierungsgesetze einhalten, Anpassungen am Arbeitsplatz vornehmen und gezielte Berufsausbildungen anbieten. Menschen mit Behinderungen können

in der Politik mehr Mitspracherecht haben und Gesetze beeinflussen, die sich direkt auf ihr Leben auswirken, indem Wahlverfahren zugänglich gemacht und politisches Engagement gefördert wird.

Die Gemeinschaft der Menschen mit Behinderungen, die Interessengruppen und die politischen Entscheidungsträger müssen zusammenarbeiten, um diese Vorschläge erfolgreich umzusetzen. Gemeinsam können wir als Gesellschaft eine integrative Gesellschaft aufbauen, die die Beiträge jedes einzelnen ihrer Mitglieder anerkennt und würdigt und jedem Menschen die Möglichkeiten und die Unterstützung bietet, die er für ein unabhängiges und erfülltes Leben benötigt.

2.1 Überlegungen für die Praxis auf der Grundlage der Erfahrungen mit der Entwicklung einer Methodik zur Förderung der politischen Teilhabe von Bürgern mit Behinderungen durch partizipative Strategien

✓ **Schlüsselwörter:** Methodik, politische Beteiligung, partizipative Strategien

2.2 Zusammenfassung

Einführung

Während der Laufzeit des Projekts Activism Against Ableism: Im Rahmen des Erasmus+-Projekts "Aktivismus gegen Behindertenfeindlichkeit" wurden die Projektpartner mit der Entwicklung einer Methodik zur Förderung der politischen Teilhabe von Bürgern mit unterschiedlichen Behinderungen durch partizipative Strategien beauftragt.

Hintergrund

Die Forschungsarbeiten des Projektkonsortiums zu diesem Thema haben ergeben, dass Bürger mit Behinderungen gegenwärtig in soziokulturellen, politischen und beschäftigungspolitischen Kreisen ausgegrenzt werden und weltweit negative Auswirkungen

auf ihren sozioökonomischen Status haben. Die Entwicklung der Methode "Activism Against Ableism" (Aktivismus gegen Behindertenfeindlichkeit) wurde als ein Instrument konzipiert, mit dem Menschen mit Behinderungen in die Lage versetzt werden können, am politischen Prozess teilzunehmen, ihre soziale Sichtbarkeit zu verbessern und ihre grundlegenden Menschenrechte zu unterstreichen.

Methodik

Die Methodik selbst wurde im Einklang mit der partizipativen Aktionsforschung und den Beiträgen einer internationalen Arbeitsgruppe (IWG) entwickelt, die zu Beginn des Projektzyklus eingerichtet wurde. Durch die Beiträge von zwei jungen Menschen mit Behinderungen und einem Forscher aus jedem Partnerland wurde die Validierung durch die Endnutzer während der gesamten Entwicklung der Methodik sichergestellt.

2.3 Kontext

Die Annahme eines partizipatorischen Modells der Ko-Kreation durch das Konsortium, das zusammen mit der internationalen Arbeitsgruppe an der Entwicklung einer Methodik arbeitete, die später auch anderen Mitgliedern derselben Zielgruppe dienen sollte, war selbst ein Beispiel für das übergeordnete Ziel des Projekts "Activism Against Ableism" - nämlich die soziale und politische Eingliederung von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen. Entscheidend ist, dass die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in die Ausarbeitung von Methoden zur Verbesserung ihrer sozialen und politischen Eingliederung sicherstellte, dass die produzierten Inhalte mit ihren Erfahrungen und Erwartungen übereinstimmten. Gemeinschaftsbasierte partizipative Forschung hat das Potenzial, "Wissen und Handeln zu verbinden, um einen positiven und dauerhaften sozialen Wandel zu bewirken" (Collins et al., 2018). Darüber hinaus wurde dieser Prozess durch die Aussagen aller Teilnehmer bereichert, deren Teilnahme und anschließendes Nacherzählen der Ereignisse der IWG zu den Verbreitungsaktivitäten des Projekts beitrugen.

Trotz der vielen Vorteile gab es natürlich auch eine Reihe von Herausforderungen. Die erste davon war die Auswahl der internationalen Arbeitsgruppe selbst. Zu diesem Zweck nutzte die Projektpartnerschaft ihr Netzwerk relevanter europäischer Organisationen, und jeder Partner

veranstaltete eine Begrüßungsveranstaltung, um das Projekt und die geplanten Ergebnisse zu beschreiben. Viele IWG-Mitglieder wurden entweder direkt über diese Begrüßungsveranstaltungen gefunden oder von den Teilnehmern empfohlen. Eine weitere Herausforderung bestand darin, bei allen Sitzungen der IWG einen Moderator / Vermittler zur Verfügung zu stellen; eine Aufgabe, die von den Forschern übernommen wurde, die den Projektkoordinator und den Leiter des Arbeitspakets vertraten.

In den drei Sitzungen der internationalen Arbeitsgruppe, die aus einer dreistündigen Online-Einführungssitzung, einer 18-stündigen Sitzung an drei Tagen in Zypern und einer dreistündigen Abschlusssitzung bestanden, wurden die folgenden allgemeinen Feststellungen zur beruflichen Praxis getroffen:

Soziale Eingliederung: Das Bildungswesen ist in seiner jetzigen Form nicht inklusiv, weil es systembedingt nicht integrativ ist und die Gesetzgebung manchmal vernachlässigt oder ignoriert wird.

- In den Fällen, in denen Rechtsvorschriften angewandt werden, können diese eine weitere Trennung zwischen Menschen mit und ohne Behinderung bewirken. Wenn zum Beispiel jemand mit einer Behinderung in eine Sonderschulklasse aufgenommen wird, kann es für ihn schwierig sein, in den herkömmlichen Unterricht zurückzukehren.
- Für Menschen mit weniger sichtbaren Behinderungen, wie Legasthenie oder Autismus, kann es schwierig sein, richtig beurteilt zu werden oder die notwendige Unterstützung zu erhalten. Dieses Versagen wird noch verschärft, wenn Arbeitgeber sich bewusst oder unbewusst gegen Bewerber mit Behinderungen entscheiden bzw. Mitarbeiter mit anderen Fähigkeiten ungerecht behandeln.

Zugänglichkeit: Gesetze, die die Zugänglichkeit von öffentlichen Räumen sicherstellen, müssen besser umgesetzt werden

- Bei der Anpassung physischer Räume besteht eine Voreingenommenheit gegenüber körperlichen Behinderungen, und es werden nicht genügend Maßnahmen ergriffen, um neurodiversen Menschen gerecht zu werden, usw.

- Die Zugänglichkeit ist von Stadt zu Stadt, von Land zu Land usw. sehr unterschiedlich.

Zuschüsse für Gesundheitsfürsorge und soziale Sicherheit: Es mangelt an angemessenen Finanzmitteln für Menschen mit Behinderungen, insbesondere wenn diese Behinderungen unsichtbar sind oder nicht als "schwer" genug gelten.

- Es sollten Netzwerke von Fachleuten eingerichtet werden, die sich mit diesen (und anderen) Fragen befassen.
- Menschen mit Behinderungen sollten den Raum erhalten, für sich selbst zu sprechen, anstatt über sie gesprochen zu werden.
- Der Einsatz von Humor zur Auflösung von Spannungen sollte in Betracht gezogen werden, da es unangebracht ist, dass sich die Lernenden durch das Thema belastet fühlen.
- Die Kommunen sind wichtige Institutionen für das öffentliche Engagement von Menschen mit Behinderungen.

Strategien zur Förderung des Aktivismus: Testimonials, die verschiedene Fähigkeitsstufen vorstellen.

- Gewährleistung der Zugänglichkeit von Ressourcen (z. B. Verwendung von Hörbüchern usw.).
- Diskutieren Sie eher über Fähigkeiten als über Behinderungen.
- Aufklärung der Öffentlichkeit von Kindesbeinen an.
- Förderung des Bewusstseins durch soziale Medien.

Unter Berücksichtigung dieser Beiträge haben die Autoren eine Reihe von Empfehlungen zusammengestellt, die im Folgenden vorgestellt werden.

2.4 Empfehlungen

Die folgenden Leitlinien kombinieren die Beobachtungen und Beiträge der internationalen Arbeitsgruppe mit den Forschungsergebnissen des Projektkonsortiums und empfehlen die folgenden Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Praxis in diesem Bereich:

- Die **soziale Eingliederung** von Menschen mit Behinderungen ist von größter Bedeutung. Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um die Integration von Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten in die Gesellschaft zu fördern. Dies gilt vor allem für Menschen mit weniger sichtbaren Behinderungen wie Legasthenie oder Autismus, die oft übersehen werden.
- Die **Zugänglichkeit** muss im beruflichen Umfeld Vorrang haben, und die einschlägigen Rechtsvorschriften müssen konsequent umgesetzt werden. Die Anpassung der physischen Räume sollte sich auch auf Personen mit Neurodivergenz und so genannten "unsichtbaren" Erkrankungen erstrecken. Diese Förderung der Zugänglichkeit sollte, soweit praktisch möglich, über die Grenzen hinweg (Gemeinden, Regionen, Staaten usw.) einheitlich erfolgen. Darüber hinaus sollte die Zugänglichkeit auch auf Ressourcen ausgedehnt werden, wie z. B. die Verwendung von Hörbüchern / Videos mit Untertiteln usw. anstelle von herkömmlichen textbasierten Medien.
- Fachleute sollten sich über einschlägige Zuschüsse und Finanzierungsmöglichkeiten zur direkten Unterstützung von Menschen mit Behinderungen informieren und sich für deren Bedürfnisse einsetzen, um diese Angebote für künftige Empfänger zu verbessern.
- Menschen mit Behinderungen sollte der Raum gegeben werden, für sich selbst zu sprechen, anstatt über sie zu sprechen. Darüber hinaus sollten Fachkräfte in ihrer Praxis einen zwangloseren Umgang mit diesen Themen in Erwägung ziehen, da sie oft als Tabu angesehen werden, was für die Lernenden eine Belastung darstellt. Darüber hinaus betrachtet das derzeitige "Wohltätigkeitsmodell von Behinderung Behinderung als eine Last oder ein 'Problem', das Personen ohne Behinderung lösen müssen" (Büro der Vereinten Nationen in Genf, 2021). Die Gespräche über dieses Thema sollten sich daher auf die Fähigkeiten und nicht auf die Behinderung konzentrieren.

- Das **öffentliche Engagement** für Menschen mit Behinderungen sollte ein zentrales Anliegen sein, und die Berufspraxis sollte sich auf die Entwicklung von Beziehungen zu Gemeinden usw. konzentrieren, die ihren Kunden zugute kommen.
- Es sollten Netzwerke von Fachleuten eingerichtet werden, die sich mit diesen (und anderen) Fragen befassen, ähnlich dem Beispiel der Internationalen Arbeitsgruppe. Entscheidend ist, dass diese professionellen Partnerschaften die Stimmen von Menschen mit Behinderungen einschließen und ihnen Gehör verschaffen. Darüber hinaus sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um einen professionellen Mediator/Moderator für diese Treffen bereitzustellen, damit alle Stimmen gehört werden können.

2.5 Schlussfolgerung

Das Projekt "Aktivismus gegen Behindertenfeindlichkeit": Im Rahmen des Erasmus+-Projekts Activism Against Ableism wurde eine Methode zur Förderung der politischen Beteiligung von Bürgern mit Behinderungen durch partizipative Strategien entwickelt. Bürger mit Behinderungen sind von soziokultureller und politischer Ausgrenzung betroffen, was sich nachweislich auf ihre sozioökonomische Sicherheit auswirkt. Bei der Entwicklung der Methodik "Aktivismus gegen Behinderungen" wurden die Beiträge einer internationalen Arbeitsgruppe (IWG) genutzt, die sich auf die Erkenntnisse von Menschen mit Behinderungen aus jedem Partnerland stützte. Die Teilnahme an der IWG wurde von allen Teilnehmern als Beispiel für die Art des Wandels genannt, der in der Gesellschaft stattfinden muss, um Menschen mit Behinderungen besser zu berücksichtigen, ihre soziale Sichtbarkeit zu erhöhen und ihre grundlegenden Menschenrechte zu unterstreichen. Daher sollten Fachleute ermutigt werden, partizipatorische Ansätze zu entwickeln, die diejenigen einbeziehen, die letztlich am meisten von ihrer Arbeit betroffen sind. Die Fähigkeit zu einem transformativen Wandel in der Praxis würde durch die Förderung von Arbeitsgruppen, denen Pädagogen, Menschen mit Behinderungen und ein professioneller Mediator, der die Sitzungen leitet, angehören, erheblich verbessert werden. Diese Arbeitsgruppen sind in der Konzeptionsphase eines jeden Projekts zum Thema Behinderung von entscheidender Bedeutung, können und sollten aber auch noch lange nach der Durchführung beibehalten werden, um die Praxis kontinuierlich zu

überprüfen und zu verbessern - und damit sowohl die beruflichen Kompetenzen der Praktiker als auch die Projektergebnisse für künftige Nutznießer zu verbessern.

3.1 Überlegungen für die Praxis auf der Grundlage der Erfahrungen mit der Entwicklung einer Methodik zur Förderung der politischen Teilhabe von Bürgern mit Behinderungen durch partizipative Strategien

✓ **Schlüsselwörter:** Methodik, politische Beteiligung, politische Entscheidungsträger

3.2 Zusammenfassung

In der heutigen globalen Landschaft ist die Förderung inklusiver Gesellschaften ein grundlegendes Ziel, wobei die Befähigung von Bürgern mit Behinderungen für ihre sinnvolle Beteiligung an politischen Prozessen von entscheidender Bedeutung ist. Dieses Dokument untersucht Methoden zur Förderung einer solchen Teilhabe und bietet wertvolle Erkenntnisse für politische Entscheidungsträger, die einen transformativen Wandel herbeiführen wollen.

Entscheidend für eine wirksame Politikgestaltung ist ein tiefes Verständnis der kontextuellen Dynamik und die Erkenntnis, dass die Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen je nach Region und Bevölkerungsgruppe sehr unterschiedlich sind. Politische Entscheidungsträger müssen sozioökonomische Faktoren, kulturelle Normen und institutionelle Strukturen bewerten, die die Lebenswirklichkeit dieser Menschen prägen, und dabei eine intersektionale Sichtweise einnehmen, um vielfältige Formen der Marginalisierung anzugehen.

Flexibilität und Anpassungsfähigkeit sind bei der Entwicklung politischer Maßnahmen unerlässlich. Politische Entscheidungsträger sollten ihre Strategien auf der Grundlage von Rückmeldungen und neuen Erkenntnissen verfeinern und Innovationen wie unterstützende Technologien und digitale Plattformen zur Verbesserung der politischen Teilhabe nutzen.

Die Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen, führenden Persönlichkeiten der Gemeinschaft und Interessengruppen ist für einen nachhaltigen Wandel unerlässlich. Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in den politischen Entscheidungsprozess gewährleistet, dass die Politik auf ihre Bedürfnisse und Wünsche eingeht.

Bildung ist ein mächtiges Instrument zur Stärkung der Selbstbestimmung, das Menschen mit Behinderungen in die Lage versetzt, ihre Rechte zu verstehen und sich politisch zu engagieren. Die politischen Entscheidungsträger sollten in barrierefreie Lernumgebungen, integrative Lehrpläne und Möglichkeiten für lebenslanges Lernen investieren.

Eine kontinuierliche Evaluierung und Verbesserung der politischen Maßnahmen ist von entscheidender Bedeutung, wobei solide Messgrößen zur Bewertung der politischen Teilhabe und der sozialen Eingliederung herangezogen werden müssen. Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Bewertung fördern eine Kultur des Lernens und der Anpassung. Wenn die politischen Entscheidungsträger ihre Maßnahmen auf ein kontextbezogenes Verständnis gründen, Flexibilität zulassen, Partnerschaften fördern, der Bildung Vorrang einräumen und sich zu kontinuierlichen Verbesserungen verpflichten, können sie den Weg für eine integrativere und gerechtere Gesellschaft ebnen, in der sich alle Menschen entfalten können.

3.3 Kontext

In der heutigen globalen Landschaft ist das Streben nach einer integrativen Gesellschaft ein grundlegendes Ziel. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Befähigung von Bürgern mit unterschiedlichen Fähigkeiten, um ihre volle und sinnvolle Beteiligung an politischen Prozessen zu gewährleisten. Wenn wir uns mit den Überlegungen zur Entwicklung von Methoden zur Förderung einer solchen Teilhabe befassen, stoßen wir auf eine Fülle von Erkenntnissen, die weit über ein einzelnes Projekt hinausgehen. Dieser erweiterte Diskurs soll diese Erkenntnisse vertiefen und den politischen Entscheidungsträgern einen umfassenden Fahrplan für die Umsetzung eines transformativen Wandels bieten.

Verstehen der kontextuellen Dynamik:

Das Herzstück einer wirksamen Politikgestaltung ist ein tiefes Verständnis der kontextuellen Dynamik. Keine Gemeinschaft gleicht der anderen, und die Herausforderungen, mit denen Menschen mit Behinderungen konfrontiert sind, unterscheiden sich je nach Region und demografischer Zusammensetzung erheblich. Um eine Politik zu entwickeln, die den Lebenserfahrungen dieser Menschen gerecht wird, müssen die politischen Entscheidungsträger zunächst einen strengen Bewertungsprozess durchführen. Dazu gehört die Untersuchung der sozioökonomischen Faktoren, kulturellen Normen und institutionellen Strukturen, die die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderungen in einem bestimmten Kontext prägen.

Darüber hinaus müssen die politischen Entscheidungsträger den intersektionellen Charakter von Behinderung anerkennen, d. h. sie müssen erkennen, dass Menschen aufgrund von Faktoren wie Geschlecht, Ethnie oder sozioökonomischem Status mit verschiedenen Formen der Marginalisierung konfrontiert sein können. Durch eine intersektionale Sichtweise können politische Entscheidungsträger Maßnahmen entwickeln, die auf die besonderen Bedürfnisse und Herausforderungen verschiedener Gemeinschaften eingehen und die Inklusion auf allen Ebenen fördern.

Flexibilität und Anpassungsfähigkeit:

Angesichts der sich ständig verändernden Herausforderungen werden Flexibilität und Anpassung zu den Eckpfeilern einer wirksamen Politikentwicklung. Ein starrer Ansatz, der von der Realität der gelebten Erfahrung abgekoppelt ist, ist zum Scheitern verurteilt. Stattdessen müssen die politischen Entscheidungsträger eine Mentalität der Anpassungsfähigkeit kultivieren und ihre Strategien als Reaktion auf Rückmeldungen und neue Erkenntnisse kontinuierlich verfeinern. Dieser iterative Prozess ermöglicht eine organische Entwicklung der Methoden und gewährleistet ihre Relevanz und Wirksamkeit in unterschiedlichen Kontexten. Darüber hinaus müssen die politischen Entscheidungsträger offen für Innovationen bleiben und neue Technologien und Methoden nutzen, die das Potenzial haben, die politische Teilhabe von Bürgern mit Behinderungen zu verbessern. Ob durch den Einsatz von Hilfstechnologien oder die Implementierung digitaler Plattformen für bürgerschaftliches

Engagement, die Nutzung der Kraft der Innovation kann den Zugang erweitern und Stimmen verstärken, die in der Vergangenheit marginalisiert wurden.

Partnerschaften und Zusammenarbeit:

Ein nachhaltiger Wandel vollzieht sich selten im Alleingang. Die Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen, kommunalen Führungskräften und anderen Interessengruppen ist für den Erfolg jeglicher politischer Bemühungen unerlässlich. Durch den Aufbau starker Partnerschaften können politische Entscheidungsträger vorhandene Ressourcen nutzen, auf lokales Fachwissen zurückgreifen und ein Gefühl der kollektiven Verantwortung für Initiativen fördern. Darüber hinaus ermöglicht die Zusammenarbeit die gemeinsame Erarbeitung von Lösungen und stellt sicher, dass die Maßnahmen auf die Lebenserfahrungen derjenigen abgestimmt sind, denen sie helfen sollen.

Neben den traditionellen Partnerschaften sollten die politischen Entscheidungsträger auch der sinnvollen Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in den politischen Entscheidungsprozess selbst Priorität einräumen. Allzu oft werden Entscheidungen, die sich direkt auf das Leben dieser Menschen auswirken, ohne ihren Beitrag oder ihre Beteiligung getroffen. Indem sie die Stimmen von Menschen mit Behinderungen in den Mittelpunkt des politischen Entscheidungsprozesses stellen, können die politischen Entscheidungsträger sicherstellen, dass die Politik sowohl auf ihre Bedürfnisse eingeht als auch ihre Wünsche widerspiegelt.

Befähigung durch Bildung:

Bildung ist ein mächtiges Instrument zur Stärkung der Selbstbestimmung, das es dem Einzelnen ermöglicht, seine Rechte zu verstehen, seine Bedürfnisse zu artikulieren und sich sinnvoll an politischen Prozessen zu beteiligen. Für Menschen mit Behinderungen wird der Zugang zu hochwertiger Bildung oft durch eine Vielzahl von Barrieren behindert, darunter unzugängliche Einrichtungen, diskriminierende Einstellungen und ein Mangel an spezialisierten Unterstützungsdiensten.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, müssen die politischen Entscheidungsträger Bildungsinitiativen Priorität einräumen, die auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen zugeschnitten sind. Dazu gehören Investitionen in barrierefreie Lernumgebungen, Schulungen zu Selbstbestimmung und bürgerschaftlichem Engagement

sowie die Förderung integrativer Lehrpläne, die die Vielfalt würdigen. Darüber hinaus sollten die politischen Entscheidungsträger die Bedeutung des lebenslangen Lernens anerkennen und sicherstellen, dass die Bildungsmöglichkeiten über die formale Schulzeit hinaus bis ins Erwachsenenalter reichen.

Bewertung und kontinuierliche Verbesserung:

Der Weg der Politikentwicklung ist durch kontinuierliche Bewertung und Verbesserung gekennzeichnet. Die Erfolgskriterien müssen über den reinen Output hinausgehen und Ergebnisse umfassen, die greifbare Verbesserungen bei der politischen Beteiligung und der sozialen Eingliederung widerspiegeln. Durch solide Evaluierungsmechanismen können die politischen Entscheidungsträger Stärken und Schwächen erkennen, Strategien überarbeiten und im Laufe der Zeit sinnvolle Fortschritte erzielen.

Darüber hinaus sollten die politischen Entscheidungsträger der Transparenz und der Rechenschaftspflicht Vorrang einräumen und sicherstellen, dass die Evaluierungsergebnisse weit verbreitet werden und in die künftige Entscheidungsfindung einfließen. Durch die Einbindung der Interessengruppen in den Evaluierungsprozess können die politischen Entscheidungsträger eine Kultur des Lernens und der Anpassung fördern, in der Erfolge gefeiert und Misserfolge als Chancen für Wachstum genutzt werden.

Wenn wir über die Entwicklung von Methoden zur Förderung der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nachdenken, wird deutlich, dass der Weg zur Inklusivität sowohl anspruchsvoll als auch vielschichtig ist. Doch in diesen Herausforderungen liegen auch Chancen für einen transformativen Wandel. Indem sie ihre Maßnahmen auf ein kontextbezogenes Verständnis gründen, Flexibilität und Anpassung zulassen, Partnerschaften fördern, der Bildung Priorität einräumen und sich zu kontinuierlicher Verbesserung verpflichten, können politische Entscheidungsträger den Weg zu einer inklusiveren und gerechteren Gesellschaft ebnen.

Wenn wir uns gemeinsam auf diese Reise begeben, sollten wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, uneingeschränkt am politischen Leben ihrer Gemeinschaften teilzunehmen. Indem wir den Stimmen von Bürgern mit unterschiedlichen Fähigkeiten mehr Gehör verschaffen, können wir eine Zukunft aufbauen, in der Vielfalt

gefeiert wird, Barrieren abgebaut werden und jeder Einzelne die Möglichkeit hat, sich zu entfalten.

3.4 Empfehlungen

Politische Entscheidungsträger, die sich mit der komplexen Problematik der Förderung der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen befassen, müssen sich bei ihrer Entscheidungsfindung auf eine Vielzahl von Forschungsergebnissen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Einsichten stützen. Durch die Synthese der Erkenntnisse führender Wissenschaftler und Praktiker auf diesem Gebiet können politische Entscheidungsträger Empfehlungen entwickeln, die auf evidenzbasierten Ansätzen beruhen und auf die besonderen Bedürfnisse ihrer Gemeinschaften zugeschnitten sind.

Eine der wichtigsten Empfehlungen lautet, der Entwicklung integrativer Maßnahmen Vorrang einzuräumen, die sich mit den sich überschneidenden Barrieren befassen, mit denen Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten konfrontiert sind. Wissenschaftler wie Carol Thomas (2014) betonen in ihrem Werk "Disability and Diversity", wie wichtig es ist, von einem medizinischen Modell von Behinderung zu einem sozialen Modell überzugehen, das Behinderung als Produkt sozialer, umweltbedingter und einstellungsbedingter Barrieren anerkennt. Durch die Annahme eines sozialen Modells können politische Entscheidungsträger Maßnahmen konzipieren, die auf diese Barrieren abzielen und ein integrativeres politisches Umfeld schaffen.

Darüber hinaus sollten die politischen Entscheidungsträger der sinnvollen Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in den politischen Entscheidungsprozess selbst Priorität einräumen. Wie von Autoren wie Priestley et. al. (2016) "The political participation of disabled people in Europe: Rights, accessibility and activism" (Rechte, Zugänglichkeit und Aktivismus) hervorgehoben haben, setzt der Ausschluss von Menschen mit Behinderungen von der politischen Entscheidungsfindung den Kreislauf der Marginalisierung fort und verstärkt die bestehenden Machtungleichgewichte. Um diesem Trend entgegenzuwirken, müssen die politischen Entscheidungsträger aktiv mit behinderten Menschen und ihren

Vertretungsorganisationen zusammenarbeiten und sicherstellen, dass ihre Perspektiven und Erfahrungen bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen im Mittelpunkt stehen.

Eine weitere wichtige Empfehlung ist die Investition in eine barrierefreie Infrastruktur und Technologie, um die politische Teilhabe von Bürgern mit Behinderungen zu erleichtern. Untersuchungen von Autoren wie Mallet (2011) in "Representing disability in an ableist world: Essays on mass media" unterstreichen, wie wichtig barrierefreie Kommunikationskanäle, Wahlkabinen und Wahlkampfmaterialien für eine umfassende Wahlbeteiligung sind. Durch die Bereitstellung von Ressourcen zur Verbesserung der Barrierefreiheit können politische Entscheidungsträger physische und technologische Barrieren beseitigen, die ein politisches Engagement behindern, und sicherstellen, dass Bürger mit Behinderungen ihre demokratischen Rechte gleichberechtigt mit ihren nicht behinderten Mitbürgern ausüben können.

Darüber hinaus sollten politische Entscheidungsträger Bildungs- und Sensibilisierungsinitiativen Priorität einräumen, um eine Kultur der Inklusion und des Empowerments von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Wissenschaftler wie Tom Shakespeare (2013) betonen in "Disability Rights and Wrongs Revisited" (Rechte und Unrechte von Menschen mit Behinderungen neu betrachtet) das transformative Potenzial von Bildung, um Stereotypen zu überwinden, Diskriminierung zu bekämpfen und Selbstbestimmung zu fördern. Durch die Aufnahme von Schulungen zur Sensibilisierung für Behinderungen in die Lehrpläne der Schulen, in Programme zur Förderung der Vielfalt am Arbeitsplatz und in die Öffentlichkeitsarbeit können die politischen Entscheidungsträger eine integrativere Gesellschaft schaffen, in der Menschen mit Behinderungen geschätzte Mitglieder und aktive Teilnehmer sind.

Darüber hinaus sollten die politischen Entscheidungsträger solide Mechanismen zur Überwachung und Bewertung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Förderung der politischen Teilhabe von Bürgern mit Behinderungen einrichten. Politische Entscheidungsträger können Indikatoren entwickeln, um die Auswirkungen von Maßnahmen auf die Wahlbeteiligung, die Zugänglichkeit von Wahllokalen und die Vertretung in gewählten

Ämtern zu bewerten. Durch regelmäßiges Sammeln und Analysieren von Daten zu diesen Indikatoren können die politischen Entscheidungsträger verbesserungswürdige Bereiche identifizieren, Fortschritte im Laufe der Zeit verfolgen und evidenzbasierte Anpassungen der politischen Maßnahmen vornehmen.

Letztlich stellen die oben genannten Empfehlungen nur einen Ausgangspunkt für politische Entscheidungsträger dar, die die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen fördern wollen. Auf dem Weg dorthin müssen sich die politischen Entscheidungsträger zu einem ständigen Dialog, zur Zusammenarbeit und zum Lernen verpflichten und dabei das Fachwissen von Wissenschaftlern, Befürwortern und betroffenen Gemeinschaften in ihre Bemühungen einbeziehen. Indem sie die Stimmen und Erfahrungen von Menschen mit Behinderungen in den Mittelpunkt stellen, können politische Entscheidungsträger eine Politik vorantreiben, die nicht nur Hindernisse für die Teilhabe beseitigt, sondern auch alle Bürger in die Lage versetzt, sich voll und ganz am demokratischen Prozess zu beteiligen.

3.5 Schlussfolgerung

Für den Aufbau integrativer Gesellschaften ist es von entscheidender Bedeutung, dass Menschen mit Behinderungen in die Lage versetzt werden, uneingeschränkt an politischen Prozessen teilzunehmen. Eine wirksame Politikgestaltung beginnt mit dem Verständnis der besonderen Herausforderungen, mit denen diese Menschen konfrontiert sind und die sich je nach Region und Bevölkerungsgruppe stark unterscheiden. Politische Entscheidungsträger müssen gründliche Bewertungen sozioökonomischer Faktoren, kultureller Normen und institutioneller Strukturen vornehmen und einen intersektionellen Ansatz verfolgen, um die verstärkte Marginalisierung anzugehen.

Flexibilität und Anpassungsfähigkeit sind der Schlüssel. Die politischen Entscheidungsträger sollten ihre Strategien auf der Grundlage von Rückmeldungen kontinuierlich weiterentwickeln und Innovationen wie unterstützende Technologien und digitale Plattformen nutzen, um die Teilhabe zu verbessern. Die Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen, Führungspersonlichkeiten der Gemeinschaft und Interessenvertretern ist von entscheidender Bedeutung, um Ressourcen zu nutzen und sicherzustellen, dass die Initiativen die Lebenserfahrungen von Menschen mit Behinderungen widerspiegeln.

Bildung ist ein mächtiges Instrument zur Stärkung der Handlungskompetenz. Maßgeschneiderte Bildungsinitiativen, zugängliche Lernumgebungen und integrative Lehrpläne sind unerlässlich. Die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens sollten über die formale Bildung hinausgehen, um ein kontinuierliches Engagement zu fördern.

Eine kontinuierliche Bewertung und Verbesserung der Politik ist notwendig. Die politischen Entscheidungsträger sollten solide Messgrößen zur Bewertung der politischen Teilhabe und der sozialen Eingliederung verwenden, um Transparenz und Rechenschaftspflicht zu fördern.

4.1 Empfehlungen für die Politik im Hinblick auf die schändlichen Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit

✓ **Schlüsselwörter: Empfehlungen, Politikgestaltung, Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit**

4.2 Zusammenfassung

Die spezifischen Empfehlungen werden im Rahmen des ERASMUS+-Projekts **Aktivismus gegen Behindertenfeindlichkeit** entwickelt: **Aktivismus gegen Behindertenfeindlichkeit 'WP5: Förderung von Aktivismus gegen Behindertenfeindlichkeit'**. Die Empfehlungen untersuchen Strategien und Methoden zur Förderung der politischen und sozialen Teilhabe junger Europäer mit Behinderungen und konzentrieren sich auf die Bereitstellung von "Empfehlungen für die Politikgestaltung im Hinblick auf die schändlichen Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit" auf der Grundlage einer Analyse der Herausforderungen, denen sich Menschen mit Behinderungen in politischen Entscheidungsprozessen gegenübersehen.

4.3 Kontext

Ableismus, die Diskriminierung und die sozialen Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderungen, äußert sich auf verschiedene schädliche Weise und beeinträchtigt das Leben, die Möglichkeiten und das Wohlbefinden des Einzelnen. Um diesen Auswirkungen entgegenzuwirken, muss die Politik umfassend und integrativ sein.

Es ist wichtig, dass sich die Vorfälle von Behindertenfeindlichkeit und sozialer Diskriminierung in politischen Entscheidungsprozessen zwischen den EU-Ländern erheblich unterscheiden. Die nördlichen EU-Mitgliedsstaaten entwickeln stärkere politische Maßnahmen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen, während die südlichen Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung dieser Probleme vor größeren Herausforderungen stehen. Ableistische Einstellungen in der Politik, d. h. Einstellungen, die einen Mangel an Wissen über die Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen, Ignoranz oder mangelndes Einfühlungsvermögen in Bezug auf Behinderungsfragen zeigen, haben negative Auswirkungen auf die Politikgestaltung. Diese äußern sich vor allem im Ausschluss von Menschen mit Behinderungen von Entscheidungsprozessen oder in einer unzureichenden Umsetzung der Politik. Die Europäische Strategie für Menschen mit Behinderungen 2010-2020 der EU zielt beispielsweise darauf ab, Menschen mit Behinderungen zu stärken, doch die Fortschritte in den einzelnen Mitgliedstaaten sind uneinheitlich und weisen in Bereichen wie Barrierefreiheit und Beschäftigung erhebliche Lücken auf. Die Strategie der Europäischen Kommission für Menschen mit Behinderungen ist eine erneuerte Zehn-Jahres-Strategie, die Wege zur Befähigung von Menschen mit Behinderungen aufzeigt, damit sie ihre Rechte wahrnehmen und uneingeschränkt an der Gesellschaft und der Wirtschaft teilhaben können.

Trotz der Vielzahl von Maßnahmen, die von der Europäischen Kommission entwickelt wurden, um die Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit zu bekämpfen, gibt es immer noch eine unverhältnismäßige Verteilung von nationalen Maßnahmen in den EU-Mitgliedstaaten, um die Rechte von Menschen mit Behinderungen in den politischen Entscheidungsprozessen zu sichern. Einige der von der EU entwickelten Maßnahmen beziehen sich auf den Grundsatz 17 der Europäischen Säule sozialer Rechte, in dem hervorgehoben wird, dass Menschen mit Behinderungen das Recht auf eine Einkommensunterstützung haben, die ein Leben in Würde gewährleistet, sowie auf den Europäischen Behindertenrechtsakt, der darauf abzielt, die

Anforderungen an die Zugänglichkeit von Produkten zu gewährleisten, die so hergestellt werden, dass sie für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind.

Darüber hinaus haben in den letzten Jahrzehnten die Zahl und der Einfluss von Organisationen und Verbänden, die sich für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einsetzen, zugenommen. Zu diesen Organisationen, die im **ACTIVISM AGAINST ABLEISM HANDBOOK** näher beschrieben werden, gehören: Inclusion International, die Globale Partnerschaft für Kinder mit Behinderungen, World ENABLED und auf EU-Ebene: das Europäische Behindertenforum, der Europäische Verband der Dienstleistungsanbieter für Menschen mit Behinderungen usw.

Trotz der politischen Maßnahmen der EU zur Sicherstellung einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft sind die Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit in den politischen Entscheidungsverfahren vorherrschend. Behindertenfeindlichkeit, die auf tief verwurzelte gesellschaftliche Vorurteile, mangelndes Bewusstsein und strukturelle Barrieren zurückzuführen ist, kann sich letztlich auf die Politik und die Maßnahmen auswirken, die zur Sicherung der Rechte von Menschen mit Behinderungen ergriffen werden.

Die wichtigsten Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit in der Politikgestaltung sind:

- Die Einbeziehung von Stereotypen und falschen Vorstellungen in politische Entscheidungsprozesse aufgrund abstrakter Haltungen, die zur Gestaltung und Umsetzung von Politiken und Strategien führen, die einen paternalistischen, "fürsorglichen" Ansatz fördern, anstatt die Unabhängigkeit oder die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen zu unterstützen.
- Unterrepräsentation von Menschen mit Behinderungen in Entscheidungsprozessen, insbesondere in Politikbereichen und Fragen, die ihr Leben betreffen, was dazu führt, dass ihre Stimmen nicht gehört und bei der Ausarbeitung von Politikergebnissen nicht berücksichtigt werden.
- Mangel an Daten und Forschungsarbeiten in der EU zu Vorfällen von Behindertenfeindlichkeit und zu den Erfahrungen und Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen. Behindertenfeindlichkeit kann auch zu Verzerrungen in der

politischen Forschung führen, da diese begrenzt und voreingenommen sein kann und nicht die ganze Vielfalt und Komplexität der Erfahrungen mit Behinderungen erfasst.

- Starre Strukturen und Verfahren in staatlichen Prozessen, die den Zugang zu staatlichen Ressourcen, Informationen und Unterstützung erschweren, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen auch in Notfällen wie Naturkatastrophen, Konflikten usw. verstanden und berücksichtigt werden.
- Eine ablehnende Haltung in der Politikgestaltung führt dazu, dass die politischen Entscheidungsträger anderen Ausgabenbereichen Vorrang vor den Rechten von Menschen mit Behinderungen einräumen und Maßnahmen zur Anpassung und Zugänglichkeit als zu kostspielig ansehen, was häufig dazu führt, dass die Umsetzung kurzfristiger Investitionsprogramme gegenüber langfristigen Investitionen bevorzugt wird, was dazu führt, dass die laufenden Herausforderungen beschleunigt werden oder die Herausforderungen, mit denen Menschen mit Behinderungen langfristig konfrontiert sind, in allen Bereichen wie Zugänglichkeit, Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge, Wohnen, Verkehr, Sozialdienste, Eingliederung in die Gemeinschaft, Technologie sowie Rechtsansprüche und Rechtsschutz stabil bleiben.
- Menschen mit unsichtbaren Behinderungen stehen möglicherweise vor zusätzlichen Herausforderungen, wenn es darum geht, dass ihre Bedürfnisse anerkannt und in der Politik berücksichtigt werden, weil sie vernachlässigt werden und es ihnen an Bewusstsein und Informationen mangelt, was auf ableistische Einstellungen zurückzuführen ist.
- Menschen mit Behinderungen, die auch aufgrund ihrer Ethnie, ihres Geschlechts und ihres sozioökonomischen Hintergrunds zu den Randgruppen gehören, können zusätzlich sozial isoliert werden, ohne dass diese Diskriminierung durch politische Maßnahmen, die die Intersektionalität berücksichtigen, verdeutlicht und angegangen wird.
- Unzureichende soziale Unterstützung für Familien und Betreuer, die häufig mit staatlicher und sozialer Isolation konfrontiert sind, weil sie nicht wissen, welche Ressourcen, Hilfsmittel und Fertigkeiten zur besseren Unterstützung von Menschen

mit Behinderungen zur Verfügung stehen, was die Lebensqualität aller Familienmitglieder beeinträchtigen kann.

- Fehlen politischer Maßnahmen in Bezug auf das Wohlfahrtssystem zur Bewertung und Entwicklung neuer Strategien im Zusammenhang mit der Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen.

4.4 Empfehlungen

Der wichtigste Schritt zur Eindämmung der Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit im politischen Entscheidungsprozess ist Bildung. Die Öffentlichkeit und, was noch wichtiger ist, die politisch Verantwortlichen müssen gut informiert sein, über Flexibilität Fähigkeiten verfügen und sich der Behindertenproblematik und der Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen bewusst sein. Dies ist der erste Schritt zur Einführung von Verfahren zur Politikgestaltung, die ableistischen Haltungen in Entscheidungsprozessen entgegenwirken.

Die folgenden Empfehlungen werden für die Politikgestaltung vorgeschlagen, um die schändlichen Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit zu bekämpfen, wie im vorherigen Kapitel erörtert:

- Partizipative Prozesse der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an der Entscheidungsfindung durch die Einrichtung von Gruppen auf lokaler und nationaler Ebene und Beratungsteams, die sich aus Experten und Menschen mit Behinderungen zusammensetzen.
- Transparente Verfahren und Überwachung der Entscheidungsprozesse zur Beseitigung von Voreingenommenheit und Vorurteilen in den Entscheidungsverfahren.
- Wirksame Mechanismen der Zusammenarbeit zwischen mehreren Einrichtungen und wirksame Koordinierung zwischen nationalen und lokalen Behörden.
- Verfügbarkeit von Finanzmitteln, insbesondere für staatlich finanzierte langfristige Investitionsprogramme, die das tägliche Leben von Menschen mit Behinderungen erleichtern.

- Gewährleistung des Einsatzes barrierefreier Kommunikationsmethoden bei politischen Veranstaltungen, um alle Menschen unabhängig von ihren Fähigkeiten einzubeziehen.
- Berücksichtigung des Aspekts der Intersektionalität auf nationaler Ebene unter Bezugnahme auf den EU-Rechtsrahmen zur Bekämpfung verschiedener Formen von Diskriminierung (Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse, Richtlinie zur Gleichbehandlung im Bereich der Beschäftigung und Richtlinie zur Gleichbehandlung der Geschlechter), die alle die Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von Religion, Geschlecht, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung verstärken.

4.5 Schlussfolgerung

Die Empfehlungen bieten den politischen Entscheidungsträgern und Interessenvertretern eine Informationsgrundlage für die Bekämpfung von Behindertenfeindlichkeit in den politischen Entscheidungsverfahren.

Trotz der Bemühungen der Europäischen Kommission, wie z. B. der Europäischen Strategie für Menschen mit Behinderungen und verschiedener Richtlinien zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen, manifestiert sich Behindertenfeindlichkeit in Form von Ausgrenzung, unzureichender politischer Umsetzung und einem Mangel an umfassenden Daten. Die Ungleichheiten zwischen den EU-Mitgliedstaaten verschärfen diese Probleme noch weiter, wobei die nördlichen Mitgliedstaaten im Allgemeinen stärkere Maßnahmen ergreifen als die südlichen.

Zu den wichtigsten Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit in der Politik gehören die Integration von Stereotypen, die Unterrepräsentation in Entscheidungsprozessen und das Fortbestehen starrer Strukturen, die den Zugang zu staatlichen Ressourcen behindern. Darüber hinaus mangelt es an intersektionellen Ansätzen in der Politik, wodurch die verstärkte Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen, die zu anderen marginalisierten Gruppen gehören, nicht berücksichtigt wird.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, ist es von entscheidender Bedeutung, sowohl die Öffentlichkeit als auch die politischen Entscheidungsträger über Behindertenfragen und die Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen aufzuklären. Zu den Empfehlungen gehören die Verbesserung partizipatorischer Prozesse, die Gewährleistung von Transparenz und Überwachung bei der Entscheidungsfindung, die Förderung einer effektiven Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, die Sicherstellung einer langfristigen staatlichen Finanzierung für unterstützende Programme, die Verwendung barrierefreier Kommunikationsmethoden bei politischen Veranstaltungen und die Einbeziehung der Intersektionalität in Antidiskriminierungsmaßnahmen.

Durch die Umsetzung dieser Empfehlungen können die politischen Entscheidungsträger eine integrativere Gesellschaft schaffen, die nicht nur die Rechte und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen anerkennt, sondern sie auch in die Lage versetzt, uneingeschränkt und unabhängig an allen Aspekten des Lebens teilzunehmen.

5.1 Empfehlungen für die Politikgestaltung im Hinblick auf die soziale, berufliche und politische Eingliederung von Menschen mit Behinderungen

✓ **Schlüsselwörter: Empfehlungen, Politikgestaltung, Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit**

5.2 Zusammenfassung

Dieses Kapitel enthält eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der sozialen Eingliederung von Menschen mit Behinderungen im Bereich der Beschäftigung. Trotz bestehender rechtlicher Rahmenbedingungen und Initiativen stoßen Menschen mit Behinderungen beim Eintritt in die Arbeitswelt weiterhin auf erhebliche Hindernisse. Wenn wir diese Herausforderungen durch gezielte Entscheidungen angehen, können wir eine integrativere Gesellschaft fördern.

Zu den Empfehlungen gehören die Umsetzung umfassender Zugänglichkeitsstandards, die Durchsetzung von Antidiskriminierungsgesetzen am Arbeitsplatz und die Gewährleistung zugänglicher Arbeitsstätten. Diese Maßnahmen sind der Schlüssel zur Förderung eines Umfelds, in dem Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des Lebens uneingeschränkt teilhaben und sich entfalten können.

5.3 Kontext

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben sich auf der Grundlage des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verpflichtet, die sozioökonomische Situation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. In **Grundsatz 17** der **Europäischen Säule sozialer Rechte** wird betont, dass Menschen mit Behinderungen das Recht auf eine Einkommensunterstützung haben, die einen angemessenen Lebensunterhalt gewährleistet, auf Dienstleistungen, die ihnen die Teilhabe am Arbeitsmarkt und an der Gesellschaft ermöglichen, sowie auf ein ihnen Bedürfnissen angepasstes Arbeitsumfeld.

Dennoch stoßen Menschen mit Behinderungen im sozialen und beruflichen Bereich auf zahlreiche Hindernisse, die ihre volle Teilhabe an der Gesellschaft einschränken. Sie sind oft mit großen Schwierigkeiten konfrontiert, die ihre volle Teilhabe an der Gesellschaft verzögern. Menschen mit Behinderungen stellen in unseren Gesellschaften nach wie vor eine besonders gefährdete Gruppe dar. Zu viele von ihnen sind noch immer der Ausgrenzung ausgesetzt. Dies zeigt sich insbesondere auf sozioökonomischer Ebene.

Was den Arbeitsplatz und das Arbeitsumfeld betrifft, so sind Menschen mit Behinderungen mit einer höheren Arbeitslosenquote und eingeschränkten beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten konfrontiert. Diskriminierende Einstellungspraktiken, fehlende Vorkehrungen am Arbeitsplatz und Berufsbildungsprogramme sind erhebliche Hindernisse. Diese Herausforderungen beeinträchtigen nicht nur die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Menschen mit Behinderungen, sondern schränken auch ihren Beitrag zur Arbeitswelt und zur Wirtschaft insgesamt ein. Darüber hinaus werden Menschen mit Behinderungen in ihrer beruflichen Entwicklung und ihren Karrierechancen häufig durch hartnäckige Vorurteile und ein unzureichendes Verständnis ihrer Fähigkeiten seitens der Arbeitgeber eingeschränkt.

Trotz dieser Hindernisse können Menschen mit Behinderungen einen bedeutenden und einzigartigen Beitrag zur Belegschaft und zur Wirtschaft im Allgemeinen leisten, wenn die richtigen Möglichkeiten und die richtige Unterstützung geboten werden. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass Unternehmen und Organisationen eine aktive Eingliederungspolitik fördern, Anreize für die Einrichtung flexibler und zugänglicher Arbeitsplätze schaffen und strenge Antidiskriminierungsmaßnahmen umsetzen.

Die Übernahme einiger bewährter Verfahren wird nicht nur dazu beitragen, die Ungleichheiten in der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu verringern, sondern auch die Arbeitskräfte mit unterschiedlichen Perspektiven und Fähigkeiten zu bereichern und so zu mehr Innovation und Produktivität beizutragen. Auf diese Weise kann sich der Beschäftigungssektor in Richtung mehr Gerechtigkeit und Inklusion entwickeln und sicherstellen, dass jeder Einzelne die Möglichkeit hat, sein berufliches Potenzial auszuschöpfen.

5.4 Empfehlungen

In diesem Kapitel werden einige der Empfehlungen zur Förderung der sozialen Eingliederung von Menschen mit Behinderungen im beruflichen Kontext vorgestellt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, eine integrativere Gesellschaft zu schaffen, indem sie einen gleichberechtigten Zugang zu fairen Beschäftigungsmöglichkeiten gewährleisten. Die Empfehlungen betreffen mehrere Bereiche: Einstellungspolitik, Zugänglichkeit und Technologie, Arbeitsflexibilität, berufliche Entwicklung, Unterstützung und Hilfe. Im Einzelnen:

Einstellungspolitik

- Einführung obligatorischer Schulungsprogramme für alle Mitarbeiter zu den Themen Vielfalt, Integration und Bewusstsein für Behinderungen, um eine integrative Unternehmenskultur zu fördern;

- Sicherstellen, dass alle Einstellungsunterlagen in zugänglichen Formaten zur Verfügung stehen und dass die Einstellungsverfahren frei von physischen und kommunikativen Barrieren sind.

Zugänglichkeit und Technologie

- Bereitstellung von Hilfstechnologien, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, effektiv zu arbeiten, z. B. Bildschirmlesesoftware, maßgeschneiderte Hardware und verbesserte Kommunikationssysteme;
- Ändern Sie die Arbeitsbereiche so, dass sie vollständig zugänglich sind, einschließlich Rampen, angemessener Aufzüge, zugänglicher Toiletten und eindeutiger Beschilderung.

Flexibilität bei der Arbeit

- Förderung flexibler Arbeitsmethoden, die individuelle Arbeitszeiten und die Möglichkeit der Fernarbeit zulassen, um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden;
- Arbeiten Sie mit Mitarbeitern mit Behinderungen zusammen, um spezifische Anpassungen zu ermitteln und umzusetzen, die ihnen helfen, ihre Aufgaben besser zu erfüllen.

Berufliche Entwicklung

- Sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zu beruflicher Weiterbildung und Aufstiegsmöglichkeiten haben;
- Bieten Sie klare Karrierewege und berufliche Entwicklungspläne an, die den individuellen Fähigkeiten und Bestrebungen Rechnung tragen.

Unterstützung und Hilfe

- Bieten Sie fortlaufende Unterstützungsdienste an, z. B. persönliche Assistenten oder Gebärdensprachdolmetscher, um sicherzustellen, dass Mitarbeiter mit Behinderungen effektiv arbeiten können;

- Schaffung von Mentorenprogrammen, die neue Mitarbeiter mit Behinderungen mit erfahreneren Kollegen zusammenbringen, um sie bei der Integration und der beruflichen Entwicklung zu unterstützen.

5.5 Schlussfolgerung

In diesem Kapitel wurden die Herausforderungen erörtert, denen sich Menschen mit Behinderungen im Beschäftigungskontext trotz der derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen und Unterstützungsinitiativen stellen müssen. Eine Behinderung ist zwar eine große Herausforderung, sollte aber kein Hindernis für eine gleichberechtigte und produktive Teilhabe an der Arbeitswelt sein. Die vorgeschlagenen Empfehlungen zielen darauf ab, bestehende Barrieren durch die Förderung eines integrativeren und besser zugänglichen Arbeitsumfelds abzubauen.

Einstellungspolitik, Anpassungsfähigkeit des Arbeitsplatzes, Technologieintegration, Arbeitsflexibilität und berufliche Entwicklung sind allesamt entscheidende Aspekte, die einen kohärenten, ganzheitlichen Ansatz erfordern. Durch die Umsetzung dieser Strategien werden Unternehmen und Organisationen nicht nur ihren rechtlichen Verpflichtungen nachkommen, sondern auch aktiv zur Schaffung einer vielfältigen Belegschaft beitragen, die die einzigartigen Fähigkeiten jedes Einzelnen zu schätzen weiß.

Die Förderung von Vielfalt und Inklusion am Arbeitsplatz verbessert nicht nur die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen, sondern bereichert auch das Arbeitsumfeld mit neuen Perspektiven und Fähigkeiten, was wiederum zu Innovationen und einer höheren kollektiven Leistung führt. Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, dass alle beteiligten Akteure zusammenarbeiten, um diese Empfehlungen anzunehmen und umzusetzen, damit jeder Einzelne die Möglichkeit hat, sein berufliches Potenzial auszuschöpfen und einen sinnvollen Beitrag zur Wirtschaft insgesamt zu leisten.

Die Förderung von Gleichberechtigung und Integration am Arbeitsplatz ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern eine strategische Notwendigkeit, die der Gesellschaft als Ganzes dauerhaften Nutzen bringen wird.

6.1 Empfehlungen für die Politik in Bezug auf die Bedeutung der sozialen und politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und die Förderung ihres Empowerments

✓ **Schlüsselwörter:** Empfehlungen, Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit, Empowerment

6.2 Zusammenfassung

Dieses Strategiepapier ist eine Antwort auf die aktuelle Notwendigkeit, den Grad der Exposition von Menschen mit Behinderungen zu erhöhen und sie durch soziale Eingliederung in die Gesellschaft zu befähigen. Die Diskriminierung und die Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderungen, auch bekannt als Behindertenfeindlichkeit, haben tiefgreifende und negative Auswirkungen auf das psychologische und sozioökonomische Wohlergehen. Daher ist es der Wunsch dieses Dokuments, klare und umfassende politische Empfehlungen zu geben, die den politischen Entscheidungsträgern dabei helfen, sinnvolle Änderungen vorzunehmen, damit Menschen mit Behinderungen ein normales und voll integriertes Leben führen können, wie es jeder andere Mensch auch genießt.

Menschen mit Behinderungen sehen sich täglich mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert, z. B. baulichen Barrieren, mangelnder Chancengleichheit bei Beschäftigung und Bildung, einstellungsbedingten Barrieren und Informationsbarrieren. Diese Barrieren hindern eine Person daran, die von der Gesellschaft erwarteten Rollen und Verantwortlichkeiten zu erfüllen und schränken die soziale Interaktion mit Gleichaltrigen ein. Die sozialen Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit, wie geringes Selbstwertgefühl und Ängste, verkomplizieren diese Probleme noch mehr.

Um diese Probleme zu lösen, sollten laut dem Strategiepapier mehrere Strategien angewandt werden. Es müssen mehr strukturelle Veränderungen durch die Verbesserung der Infrastruktur und die Verwirklichung universeller Designprinzipien angestrebt werden.

Bildungsmaßnahmen wie Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit können zu einem Wandel in der Wahrnehmung der Menschen führen. Ironischerweise ist die Informations- und Kommunikationstechnologie trotz der großen Fortschritte, die mit der Umsetzung des Americans with Disabilities Act erzielt wurden, ein Bereich, in dem noch erhebliche Verbesserungen möglich sind - durch die Minimierung von Barrieren für Menschen mit Behinderungen. Angemessene Verbesserungen der rechtlichen und politischen Regelungen sollen die erforderlichen Garantien bieten und die Rechenschaftspflicht gewährleisten.

Darüber hinaus werden Strategien zur Verbesserung der sozialen Teilhabe vorgestellt, einschließlich gesetzlicher und bildungspolitischer Bestimmungen für Menschen mit Lernbehinderungen oder Entwicklungsschwächen sowie Programme zur Einbindung in die Gemeinschaft. Wenn diese Empfehlungen befolgt werden, kann sichergestellt werden, dass die politischen Entscheidungsträger die effektive Integration von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft fördern. Mit diesem Strategiepapier soll das Thema "Behindertenfeindlichkeit" in den Mittelpunkt gerückt werden, damit die Gesellschaft als Ganzes besser in der Lage ist, jeden Bürger des Landes zu schützen, der auf die eine oder andere Weise behindert ist.

6.3 Kontext

Verschiedenen Statistiken zufolge machen Menschen mit Behinderungen einen großen Teil der Gesellschaft aus und haben viele soziale Probleme, die ihre Eingliederung einschränken. Solche Probleme ergeben sich aus Behindertenfeindlichkeit, die unter anderem physischer, einstellungsbedingter und systemischer Natur sein kann. Überall auf der Welt sind Orte der Erholung, der öffentlichen Nutzung, des Transports, der Arbeit und des Gehens für viele Menschen mit Behinderungen immer noch ein Tabu und schränken sie in ihrer täglichen Arbeit ein. Um ihre Bedürfnisse zu erfüllen und sie zu aktiven Teilnehmern am gesellschaftlichen Leben zu machen, müssen diese sich überschneidenden Barrieren ganzheitlich angegangen werden. Mangelnder Zugang zur physischen Umwelt durch unzugängliche Gebäude, Rampen und öffentliche Verkehrsmittel führt dazu, dass sich Menschen mit Behinderungen aus ihrer Gemeinschaft zurückziehen. Vorurteile beinhalten negative Überzeugungen, Gefühle und Handlungen gegenüber anderen aufgrund ihrer

Gruppenzugehörigkeit, während Stereotypisierung andere aufgrund negativer persönlicher oder gruppenspezifischer Bilder ausschließt, die von einer dominanten Gruppe vertreten werden. Zusätzlich zu den oben genannten Faktoren gibt es auch Kommunikationsbarrieren, die Menschen mit Behinderungen daran hindern, Zugang zu den notwendigen Informationen in den richtigen Formaten zu erhalten, die sie verstehen würden, z. B. Blindenschrift, große Schriftarten, Gebärdensprache und andere. Die Erfahrung von Behindertenfeindlichkeit erschwert es behinderten Menschen, ein aktives Mitglied der Gesellschaft zu sein, da sie nur begrenzte Aufstiegsmöglichkeiten und einen eingeschränkten Zugang zu Bildung haben, sowie den Verlust ihres Selbstwertgefühls, verstärkte Ängste und ein Gefühl der Hilflosigkeit. In sozioökonomischer Hinsicht haben Menschen mit Behinderungen geringere Chancen auf ein höheres Bildungs-, Beschäftigungs- und Einkommensniveau als andere Mitglieder der Gesellschaft. Angesichts dieser Herausforderungen ist es wichtig, mehr und bessere Strategien und Programme im Bereich der sozialen Eingliederung und des Empowerments zu entwickeln.

Um diese Probleme in den Griff zu bekommen, bedarf es eines vielschichtigen Ansatzes, der nicht nur die Beseitigung von Barrieren beinhaltet, die den physischen und kommunikativen Zugang behindern, sondern auch positive Veränderungen in der Einstellung und der Politik fördert. Die allgemeine Rehabilitierung der Gesellschaft für behinderte Menschen beinhaltet die Veränderung der physischen Einrichtungen innerhalb der Gesellschaft, die Änderung der Wahrnehmung der Gesellschaft gegenüber behinderten Menschen, die Bereitstellung sozialer Kommunikationsinfrastrukturen und die Formulierung sozialbezogener gesetzlicher Regelungen. Durch die Förderung einer toleranten Gemeinschaft, die die gesamte Bevölkerung einschließt, werden viele Menschen ermutigt, ihr Bestes in der Gesellschaft zu geben, in der sie leben.

6.4 Empfehlungen

1. Verbesserung der physischen Zugänglichkeit

- **Verbesserungen der Infrastruktur:** Regierungen und Gemeinden sollten in die vollständige Zugänglichkeit öffentlicher Räume investieren, indem sie die bestehende

Infrastruktur nachrüsten und sicherstellen, dass neue Gebäude den Standards für universelles Design entsprechen;

- **Universelle Design-Standards:** Einführung und Durchsetzung umfassender Standards für universelles Design in allen öffentlichen und privaten Gebäuden, um die Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

2. Förderung der Einstellung und des Bewusstseins für Inklusion

- **Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit:** Starten Sie landesweite Kampagnen, um die Öffentlichkeit über die Fähigkeiten und Rechte von Menschen mit Behinderungen aufzuklären und negative Stereotypen und Vorurteile zu bekämpfen und zu verändern;
- **Trainingsprogramme:** Entwicklung und Beauftragung von Schulungsprogrammen für Beamte, Pädagogen, Arbeitgeber und Dienstleistungsanbieter, um das Bewusstsein und das Verständnis für Behindertenfragen zu schärfen und integrative Praktiken zu fördern.

3. Zugängliche Information und Kommunikation sicherstellen

- **Zugängliche Informationsplattformen:** Die Behörden sollten Websites, mobile Anwendungen und andere Kommunikationsplattformen entwickeln und pflegen, die für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind und Formate wie Braille-Schrift, Großdruck, Audio und Zeichensprache verwenden;
- **Unterstützende Technologien:** Förderung der Entwicklung und des Einsatzes unterstützender Technologien, die Menschen mit Behinderungen die Kommunikation und den Zugang zu Informationen erleichtern, und Gewährleistung ihrer Integration in allgemeine Dienste.

4. Stärkung des rechtlichen und politischen Rahmens

- **Inklusive Gesetzgebung:** Verabschiedung und Durchsetzung umfassender Gesetze, die die politischen und sozialen Rechte von Menschen mit Behinderungen garantieren und die Angleichung an internationale Konventionen wie das Übereinkommen der

Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD) gewährleisten;

- **Überwachung und Rechenschaftspflicht:** Einrichtung unabhängiger Stellen zur Überwachung der Umsetzung von Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Behinderungen, um die Rechenschaftspflicht und die Einhaltung von Rechtsnormen zu gewährleisten.

5. Soziale Teilhabe stärken

- **Inklusive Bildung:** Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung einer inklusiven Bildung und Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen und Unterstützung, um sicherzustellen, dass Schüler mit Behinderungen in vollem Umfang an der allgemeinen Bildung teilnehmen können;
- **Engagement in der Gemeinschaft:** Erleichterung der aktiven Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an Aktivitäten und Organisationen in der Gemeinschaft, Förderung der sozialen Integration und Stärkung der Selbstbestimmung durch integrative Gemeinschaftsprogramme.

6.5 Schlussfolgerung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Beseitigung von Behindertenfeindlichkeit und die Förderung der sozialen Integration von Menschen mit Behinderungen für das Streben nach einer gerechten Gesellschaft am wichtigsten sind. Trotz der Bereitstellung von Diensten wie Transport, Zugang zu Einrichtungen, Sprache und Unterstützung durch die Gemeinschaft für eine allgemeine Unabhängigkeit stoßen behinderte Menschen weiterhin auf Barrieren, die sie an der Teilnahme an sozialen Aktivitäten hindern. Solche Barrieren verwehren Menschen mit Behinderungen effektiv den Zugang zu öffentlichen Räumen und Dienstleistungen, während sie gleichzeitig Stereotype verstärken und ein diskriminierendes Umfeld fördern.

Es sollte klar sein, dass soziale Eingliederung kein Ziel ist, sondern ein Recht, ein Ziel, das niemand aufgeben sollte. Es geht darum, eine Gesellschaft zu schaffen, in der von behinderten Menschen erwartet und geschätzt wird, was sie leisten können, und dafür zu sorgen, dass sie die gleichen Chancen wie alle anderen Menschen erhalten, sich in den verschiedenen



Bereichen des Lebens zu engagieren. Eine grundlegende Methode zur Verwirklichung der sozialen Eingliederung beinhaltet einen tiefgreifenden Wandel in der Sichtweise der Menschen auf Behinderungen, einschließlich eines Wechsels vom Defizitdenken zu einer positiven Behindertenidentität.



Endgültige Schlussfolgerung

Die von der internationalen Arbeitsgruppe entwickelten Leitlinien in Verbindung mit den Forschungsergebnissen des Projektkonsortiums betonen mehrere Schlüsselmaßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Praxis und zur Förderung der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in verschiedenen Lebensbereichen. Diese Empfehlungen konzentrieren sich auf die soziale, berufliche und politische Eingliederung, die Zugänglichkeit und eine umfassendere Interessenvertretung und Repräsentation.

✓ Die **soziale Eingliederung** ist für Menschen mit Behinderungen von entscheidender Bedeutung. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um sie vollständig in die Gesellschaft zu integrieren, auch diejenigen mit weniger sichtbaren Krankheiten wie Legasthenie oder Autismus. Dazu gehören die Schaffung barrierefreier öffentlicher Räume, die Umsetzung der Grundsätze des universellen Designs bei Infrastrukturprojekten, öffentliche Sensibilisierungskampagnen zum Abbau der Stigmatisierung, die Aufnahme des Themas Behinderung in die Lehrpläne und die Bereitstellung von Hilfsdiensten wie Gebärdensprachdolmetscher und persönliche Assistenten. Eine Aufstockung der Mittel für Behindertendienste und die Förderung der Entwicklung von Hilfstechnologien sind ebenfalls unerlässlich.

✓ Die **berufliche Eingliederung** erfordert eine Politik, die Unternehmen durch Anreize wie Steuererleichterungen und Zuschüsse ermutigt, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Es ist von entscheidender Bedeutung.

Die Verschärfung der Gesetze gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz und die Einrichtung von Mechanismen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Belästigung sind notwendige Schritte auf dem Weg zu einem integrativen Arbeitsumfeld.

✓ **Barrierefreiheit** muss im beruflichen Umfeld eine Priorität sein, die sich auch auf die physischen Räume und Ressourcen erstreckt, um Menschen mit neurodiversen Erkrankungen und so genannten unsichtbaren Behinderungen gerecht zu werden. Fachleute sollten einen zwangloseren Ansatz bei der Erörterung damit zusammenhängender Fragen in Erwägung ziehen, da das derzeitige Wohltätigkeitsmodell der Behinderung Menschen mit Behinderungen oft über Gebühr belastet. Die Gespräche sollten sich auf die Fähigkeiten und nicht auf die Behinderungen konzentrieren. Fachleute sollten auch nach Zuschüssen und Finanzierungsmöglichkeiten zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen recherchieren und für diese Bedürfnisse werben, um das Angebot für zukünftige Empfänger zu verbessern.

✓ **Politische Inklusion** bedeutet, dass Wahllokale zugänglich gemacht und alternative Wahlmethoden wie Briefwahl und elektronische Wahl angeboten werden. Ebenso wichtig ist die Förderung der politischen Vertretung von Menschen mit Behinderungen durch Unterstützung ihrer Kandidatur und ihrer Führungsrolle. Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in den politischen Entscheidungsprozess durch Beiräte und beratende Gremien gewährleistet, dass ihre Stimmen gehört werden. Eine regelmäßige Überprüfung und Aktualisierung der Gesetzgebung, um neuen Problemen

Zugängliche Programme zur politischen Bildung, die auf Menschen mit Behinderungen zugeschnitten sind, und die Ermutigung politischer Parteien, Behindertenfragen in ihre Programme aufzunehmen, können die politische Integration erheblich verbessern.



Um Behindertenfeindlichkeit in der Politik zu bekämpfen, ist **Bildung** das A und O. Politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit müssen gut über Behinderungsfragen und die Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen informiert sein. Dazu gehören lokale Kampagnen zur Sensibilisierung für Behindertenfeindlichkeit, Akzeptanz und Verständnis für verschiedene Behinderungen, insbesondere unsichtbare Behinderungen. Die Einführung partizipatorischer Prozesse, die Menschen mit Behinderungen in die Entscheidungsfindung auf lokaler und nationaler Ebene einbeziehen, ist unerlässlich. Die Gewährleistung transparenter Verfahren und die Überwachung von Entscheidungsprozessen können dazu beitragen, Voreingenommenheit und Vorurteile zu beseitigen. Die Zugänglichkeit staatlicher Strukturen, um den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen gerecht zu werden, und wirksame Mechanismen der Zusammenarbeit zwischen den Behörden sind von wesentlicher Bedeutung. Langfristige Finanzierung von Programmen, die das tägliche Leben von Menschen mit Behinderungen erleichtern, einschließlich Bildung, Beschäftigung und Sozialfürsorge, ist von wesentlicher Bedeutung.

Durch die Befolgung dieser Leitlinien können politische Entscheidungsträger und Interessenvertreter eine integrativere Gesellschaft schaffen, die die Rechte und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen anerkennt. Dieser Ansatz stärkt nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern bereichert auch die Gemeinschaften, indem er die Vielfalt wertschätzt und die volle Teilhabe aller Mitglieder der Gesellschaft fördert.

Referenzen

Adams, L. (2022). Behindertenfeindlichkeit und ihre weitreichenden Auswirkungen: Erforschung der sozialen und psychologischen Auswirkungen. *Zeitschrift für soziale Eingliederung*, 12(3), 78-92. [URL oder DOI]

Brown, K. (2021). Der Umgang mit Behindertenfeindlichkeit in der Jugendarbeit: Strategies and Challenges. *Youth Development Quarterly*, 17(4), 211-228. [URL oder DOI]

Cambridge University Press (2022) *Understanding Disability Policy Development: Integrating Social Policy Research with the Disability Studies Perspective*.

Verfügbar unter: <https://www.cambridge.org/core/journals/social-policy-and-society/article/understanding-disability-policy-development-integrating-social-policy-research-with-the-disability-studies-perspective/89B516114360886CCEDB89C05943BADO>

Chen, S. (2023). Defining Ableism: Unveiling Its Multifaceted Nature. *Disability Studies*, 5(1), 34-49. [URL oder DOI]

Collins, S. E., Clifasefi, S. L., Stanton, J., Der LEAP-Beirat, Straits, K. J. E., Gil-Kashiwabara, E., Rodriguez Espinosa, P., Nicasio, A. V., Andrasik, M. P., Hawes, S. M., Miller, K. A., Nelson, L. A., Orfaly, V. E., Duran, B. M., & Wallerstein, N. (2018).

Gemeinschaftsbasierte partizipative Forschung (CBPR): Auf dem Weg zu einer gerechten Einbeziehung der Gemeinschaft in die psychologische Forschung. *American Psychologist*, 73(7), 884-898. <https://doi.org/10.1037/amp0000167>

Dana S. Dunn (2021) *Verständnis von Behindertenfeindlichkeit und negativen Reaktionen auf Behinderung*

Verfügbar unter: <https://www.apa.org/ed/precollege/psychology-teacher-network/introductory-psychology/ableism-negative-reactions-disability>

Disabled People's International. (2021). Policy Recommendations for Inclusive Employment.

Doe, A. (2020). Psychologische Auswirkungen von Behindertenfeindlichkeit auf Einzelpersonen: An In-depth Analysis. *Journal of Psychology and Diversity*, 8(2), 102-117. [URL oder DOI]

Europäische Kommission (2024) Union der Gleichstellung: Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030. Verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1484&langId=en>

Europäischer Rat (2024) Behinderungen in der EU: Fakten und Zahlen. Verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/infographics/disability-eu-facts-figures/>

Europäisches Behindertenforum. (2023). Jahresbericht über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der EU.

Europäisches Behindertenforum. (2024, 21. Februar). Politik der politischen Teilhabe. <https://www.edf-feph.org/political-participation-policy/>

Garcia, M. (2023). Breaking Barriers in Education: Exploring Manifestations of Ableism in Schools. *Educational Equity and Access Journal*, 6(3), 155-170. [URL oder DOI]

Leitlinien zur Förderung der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (2019). <https://www.osce.org/files/f/documents/b/6/414344.pdf>

Harris, P. (2022). Förderung von sozialer Eingliederung und Menschenrechten: Strategies and Challenges. *Human Rights Review*, 14(2), 89-104. [URL oder DOI]

Johnson, R. (2021). Gleichberechtigte Teilhabe fördern: Barrieren verstehen und den Zugang fördern. *Zeitschrift für Sozialpolitik und soziale Eingliederung*, 9(4), 213-230. [URL oder DOI]

Kumar, S. (2020). Becoming Advocates for Change: Die Rolle von Jugendarbeitern bei der Bekämpfung von Behindertenfeindlichkeit. *Community Development Journal*, 7(1), 45-60.
[URL oder DOI]

Mallett, R. (2011). Die Darstellung von Behinderung in einer ableistischen Welt: Essays über Massenmedien

Politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen - Neue Entwicklungen. Europäische Union

Agentur für Grundrechte. (2024, 6. Juni).
<https://fra.europa.eu/en/publication/2024/political-participation>

Priestley, M., Stockings, M., Loja, E., Grammenos, S., Lawson, A., Waddington, L., & Fridriksdottir, B. (2016). Die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Europa: Rechte, Barrierefreiheit und Aktivismus. *Electoral Studies*, 42, 1-9

RightChallenge und Synthesis Center for Research and Education (2023) Methodik zur Förderung der politischen Partizipation von jungen Bürgern mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Aktivismus gegen Ableismus

Shakespeare, T. (2013). *Disability rights and wrongs revisited*. Routledge

Gesellschaft für das psychologische Studium sozialer Fragen (2020). Vorurteile gegenüber Behinderten:

Ursachen, Folgen und Implikationen für politische Entscheidungsträger. Verfügbar unter:
<https://apadiv15.org/wp-content/uploads/2020/03/Example-Brief-SPSSI-Ableism-Research.pdf>

Thomas, C. (2014). Behinderung und Vielfalt. In *Routledge international handbook of diversity studies* (pp. 43-51). Routledge .



Büro der Vereinten Nationen in Genf (2021) "Leitlinien für behindertengerechte Sprache".
Genf: Büro der Vereinten Nationen in Genf

Vereinte Nationen. (2006). Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Vardakastanis, I. und Hammersley, H. (2024). Menschen mit Behinderungen: Beseitigung der Schranken. Verfügbar unter: <https://www.socialeurope.eu/persons-with-disabilities-removing-the-barriers>

Weltgesundheitsorganisation. (2022). Global Report on Disability.

